Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 340. Mittag-Ausgabe. Verlag von Eduard Trewendt. **Donnerstag, den 24. Juli 1862.**

Telegraphische Nachrichten.

Paris, 23. Juli. Der heutige „Moniteur" meldet, daß bei der Prinzessin Clotilde sich einige Symptome von Entzündung gezeigt hätten, die eine Anwendung von Blutegeln nöthig machten; man erwartet davon ein günstiges Resultat. Die Kaiserin hat gestern Abend der Prinzessin einen Besuch abgestattet.

Preußen.

Landtags-Verhandlungen.

25. Sitzung des Hauses der Abgeordneten (23. Juli).

Präsident Grabow eröffnet die Sitzung vor wenig gefüllten Bänken und schwach besetzten Tribünen um 10¼ Uhr. — Am Ministertische die Herren v. Holzbrinck, Graf Bernstorff, später Herr v. d. Heydt, als Reg.-Commissare die Geh. Räthe Delbrück, Philippsborn.

Der an Stelle des verstorbenen Abg. Krause gewählte Abg. Behaag ist eingetreten. Der Abg. Buschmann hat seine Versetzung mit Gehaltszulage von 100 Thlr. angezeigt; die Frage wegen Fortdauer des Mandats wird der Geschäfts-Ordnungs-Commission zur Erörterung überwiesen. — Man geht zur Berathung des französischen Handelsvertrages, und zwar zunächst zur allgemeinen Diskussion über.

Referent Abg. Dr. Michaelis: Nach Gründung des Zollvereins trat eine Zeit des Schwankens ein, wie man sie zu jener Zeit in der Gesetzgebung Preußens überhaupt erlebt habe; im Jahre 1849 traten die ersten schutzzöllnerischen Anträge hervor. Preußen habe seit der Erneuerung des Zollvereins häufig Anträge auf Herabsetzung des Schutzzolles gemacht; es sei weiter gegangen, als der gegenwärtige Handelsvertrag, allein es sei damit nicht durchgedrungen. Das Haus zähle drei Männer zu Mitgliedern, welche die Finanzpolitik Preußens zu den verschiedensten Zeiten geleitet hätten, die Abgeordneten für Elberfeld, Solingen und für Königsberg; alle drei seien in der freien Richtung dieser Politik eins gewesen, und daß die Stadt Königsberg den verdienten Kühne gewählt, das sei ihm ein Zeichen, daß diese Richtung auch im Volke wurzele. (Beifall.) Der Handelsvertrag mit Frankreich habe zuerst die Gelegenheit gegeben, die Tarif-Reform durchzuführen, und eröffne zugleich den Markt eines großen Nachbarlandes. Der Vertrag sei ein Compromiß schutzzöllnerischer Interessen mit freihändlerischen Forderungen; er sei der erste Schritt zur Herstellung der Gerechtigkeit. Darum bitte er um offene und freie Beurtheilung, damit die Diskussion zum Wohle des Vaterlandes ende. Man fordere von den Industriellen, welche an den Schutz gebunden seien, keine Beschlüsse, wie in der berühmten Nacht des 4. August. (Beifall.) Der Vertrag errichte keine Scheidewand gegen Oesterreich; es wäre Oesterreichs Sache, wenn es seinerseits eine Scheidewand errichten wollte. In der ihm vorliegenden Depesche erkläre Oesterreich, daß es im österreichischen Interesse Opfer bringen müsse, weiterhin aber träten diese Opfer auf als dem deutsch-österreichischen Zollverbande gebrachte. Die ganze Bedeutung des Planes sei nicht die einer Zolleinigung, sondern die Abhängigmachung jeder Aenderung des Zolltarifs von der Zustimmung der österreichischen Regierung, ja von einer Landesvertretung, in welcher Nichtdeutsche die Majorität haben. Diese Zumuthung sei ein Wahrzeichen dessen, was sie für Preußen bedeute; Preußen sei durch seine Lage und seine Geschichte auf eine liberale Handelspolitik hingewiesen, Oesterreich nicht. Man müsse sich wundern, wie Oesterreich den Muth gehabt habe, Preußen derartiges anzubieten; es habe gewiß selbst nicht an einen Erfolg geglaubt. Also entweder sei es eine Drohung, um Preußen matt zu machen, oder ein Versuch, den Zollverein zu sprengen und Süddeutschland an Oesterreich zu binden.

Möge die Absicht die eine oder die andere sein, Preußen dürfe nur eine Antwort kennen: wir bleiben bei dem Vertrage, den wir geschlossen haben und wir hoffen, ihn mit unserem guten Rechte und unserer guten nationalen Stellung auch durchzuführen (Beifall). In diesem Sinne möge die gegenwärtige Verhandlung vor sich gehen; es werde hier ein Werk beschlossen, welches für ganz Deutschland wirken solle und von dieser Ansicht seien die Berathungen der Commission geleitet gewesen. Zu dieser echt deutschen That Preußens möge das Haus ein Votum abgeben, an welchem nicht gekritelt werden könne. Von mehreren Seiten habe man Bedingungen an die Genehmigung des Vertrages geknüpft, welche mit demselben gar nicht in Verbindung ständen; mit einer Reform unserer Gesetzgebung stehe der Vertrag nur insoweit in Verbindung, als er dazu einen kräftigen Anstoß geben werde (Bravo). Das Votum des Hauses solle auch für das übrige Deutschland wirken, es müsse deshalb ein unzweideutiges sein, damit sich nicht eine Agitation daran knüpfe, und bitte er um Genehmigung des Vertrages, ohne Abänderung, ohne Phrase (Beifall).

Minister der auswärtigen Angelegenheiten Graf Bernstorff: Er bitte um möglichst einstimmige Annahme des Vertrages. In Bezug auf die vom Referenten berührten österreichischen Vorschläge sei zu bemerken, daß die Regierung in einer gestern in Wien überreichten Note die Vorschläge abgelehnt habe (Beifall). Der Hauptgesichtspunkt dabei sei gewesen, daß die Regierung vor allem an dem gegebenen Wort festhalten müsse (Beifall) und weil sie der Meinung sei, daß sich der Tarif des Zollvereins überlebt habe (Bravo).

Abg. Plaßmann (gegen den Handelsvertrag): Der Referent habe vorwiegend die politische Bedeutung des Vertrages betont, er wolle diese politische Bedeutung für die westlichen Provinzen, und namentlich die Rheinprovinz erörtern. In dieser Beziehung seien besonders Art. 2 und 3 des Handelsvertrages der Rheinschifffahrt aufs höchste gefährlich, denn durch diese Artikel werde die Einfuhr über die hanseatischen Vorhäfen des Zollvereins an Elbe und Weser mit der directen Einfuhr nach Frankreich gleichgestellt. Der naturgemäßen Einfuhr rheinabwärts über die belgischen unn holländischen Häfen werde nichts zugestanden und wegen dieser ungünstigen Behandlung der Rheinschifffahrt könne man sagen, daß durch Napoleon der herrlichste deutsche Strom, der Rhein, geradezu abgeschlossen werde. Dies könne man nicht verantworten. Sodann habe er an dem Handelsvertrage auszusetzen, naß derselbe die Kohlengruben Saarbrückens an Frankreich eröffne und Preußen sich durch denselben verpflichte, in den Kohlen ein von Napoleon als unentbehrlich anerkanntes Kriegsmaterial an diesen unter allen Umständen liefern zu müssen. (Widerspruch links). Dies sei eine nicht blos handelspolitische, sondern politische Concessin, die um so bedenklicher sei, weil die Concession allein an Frankreich gemacht würde. Preußen trete dadurch in eine Allianz mit Frankreich und zeige zugleich, wie theuer eine solche Allianz Preußen zu stehen komme. Ein weiterer Grund gegen den Handelsvertrag sei die Imparität des Zolltarifs für die deutsche Industrie einerseits, und die französische andererseits; die Industrie des Zollvereins würde die Concurrenz mit Frankreich nicht aushalten, da die Zölle innerhalb des Zollvereins bei den allermeisten Artikeln höher seien, als in Frankreich. Der Commissions-Bericht gehe hierüber sehr leicht hinweg und enthalte mehrfache Unrichtigkeiten. Frankreich würde nach dem neuen Vertrage oft das Doppelte und vielfach noch mehr, und selbst den zwanzigfachen Zoll erheben dürfen, als es dem Zollverein gestattet sein soll. Einer solchen Imparität des Zolltarifs, dem Hauptgegenstand des ganzen Handelsvertrages, könne er nicht das Wort reden. Ein letzter Grund gegen den Vertrag sei die, die Provinz Westfalen besonders berührende Eisenzollfrage: Eine Herabsetzung des Eisenschutzzolles wäre von den betreffenden Industriellen selbst befürwortet worden, aber der Handelsvertrag gehe in dieser Herabsetzung zu weit. Der Redner geht auf das Motiv des Commiss.-Berichts über, wonach die Herabsetzung des Eisenschutzzolles dadurch befürwortet werde, damit den östlichen Provinzen Preußens Gerechtigkeit widerfahre gegenüber den Westprovinzen. Die Westprovinzen wären an Steuern zu Gunsten der Ostprovinzen lange genug überbürdet gewesen, 50 Jahre hindurch hätten sie die Grundsteuer für die Ostprovinzen entrichtet und deren Ablösung neuerdings noch bezahlen müssen; die Eisenbahnen hätten sie für die Ostprovinzen bauen müssen, während der Staat bei ihnen keine einzige gebaut, sondern alle den Privaten überlassen habe (Vielfacher Widerspruch auf beiden Seiten des Hauses). Durch die Herabsetzung des Eisenschutzzolls würde jeder Thaler, der den Ostprovinzen dadurch zu Gute käme, von den Westprovinzen zwanzigfach bezahlt werden müssen.

Abg. v. Rönne (Solingen): Die Regierung habe sich durch den Vertrag ein unleugbares Verdienst erworben; die Ursache etwaiger Mängel desselben sei nicht in dem Eifer der Regierung zu suchen, sondern in dem Mangel eines gemeinsam deutschen Organs für solche Angelegenheiten. Das Haus möge durch einstimmige Annahme bezeugeu, daß, wo es sich um das Wohl des Ganzen handele, Preußen zum Vorkampfe stets bereit sei. Der Vorredner habe die Ehre Preußens in dem Vertrage compromittirt gesehen, darauf gebühre die Antwort dem Minister des Auswärtigen. Oesterreich habe sich zum Eintritt in den Zollverein bereit erklärt. Er wolle nicht die dynastischen Interessen berühren, die in Bezug auf die Suprematie des einen oder anderen Staates dabei ins Spiel kommen könnten; er frage nur im Volksinteresse, ob dieses bei solcher Verbindung gewinne? Sei denn der Zollverein überhaupt das Endziel deutscher Einheit auf materiellem Gebiete? Er weise auf Post-Conventionen, Flaggen-Verträge u. dgl. hin, die sämmtlich nur Zeugniß des Particularismus sein könnten. Auch der Zollverein leide darunter, er fordere einen neuen Vertrag, er sei durch das liberum veto jedes kleinsten Einzelnen gelähmt. Preußen habe lange vergebens eine Reform erstrebt. Jetzt, wo der englisch-französische Vertrag die Märkte des Zollvereins bedroht, sei von außen die Nothwendigkeit der Reform herangetreten, die von innen nicht zur Geltung gelangen konnte. Zeuge das für eine gesunde Organisation des Zollvereins? Der gegenwärtige Vertrag selber liefere einen neuen Beweis gegen dieselbe; die Landesvertretungen könnten ihn nur en bloc beurtheilen; der schwerfälligste Mechanismus hefte sich an sein Zustandekommen. Das Nationalparlament sei es, das fehle!

Eine Centralgewalt im Namen des ganzen Deutschlands würde keine Ablehnungen erfahren, wie Preußen neulich in Japan. Nicht die Erneuerung der Zollvereinsverträge gewähre den wirthschaftlichen Bedürfnissen des deutschen Volkes Befriedigung. Eine Reform auf diesem Gebiete gefährde auch den gegenwärtigen Vertrag keineswegs, Frankreich werde ihn gern mit ganz Deutschland abschließen. Die politische Neugestaltung sei nirgends dringlicher als im Gebiete der materiellen Interessen; möge die Regierung, er sage das im Hinblick auf die gestrige Diskussion, nicht mit ihrer Fürsorge auf diesem Gebiete zögern, bis die vollendeten Thatsachen über sie kämen. (Beifall.)

Minister der auswärtigen Angelegenheiten Graf Bernstorff: Der erste Vorredner habe von politischen Concessionen gesprochen, welche angeblich an Frankreich gemacht sein sollen. Darauf erkläre er, daß durchaus keine politischen Motive dabei leitend gewesen seien, sondern rein materielle und handelspolitische. Was den Vorwurf betreffe, daß Preußens Ehre dadurch verletzt sei, so müsse er dies auf das Entschiedenste zurückweisen.

Abg. Lette (gegen den Antrag): Er wolle zunächst erklären, daß er dem einstimmigen Antrage der Comm. ohne Phrase beitrete (Heiterkeit); er wolle aber einen Punkt näher beleuchten, den die Comm. nicht hervorgehoben habe. Er habe aber zunächst die Pflicht, dem ersten Redner Einiges zu erwidern. Derselbe habe versucht, die alte Zwietracht wieder wach zu rufen zwischen den östlichen und westlichen Provinzen, und zwar durch Anführungen, welche in keiner Weise begründet seien. Er müsse solchen Anführungen entschieden entgegen treten. In dem Comm.-Bericht vermisse er die Hinweisung auf die deutsche Einheit in Bezug auf die gemeinsamen deutschen Bedürfnisse. Er könne dem Vorredner hinsichtlich der Reform des Bundesstaates in Bezug auf militärische und diplomatische Verhältnisse nicht unbedingt beitreten, wohl aber halte er nach Ablauf des Zollvereins eine Einigung in Bezug auf die wirthschaftlichen Verhältnisse für nothwendig. Preußen habe im Zollverein bereits thatsächlich die Centralleitung, es müsse dies ausdrücklich ausgesprochen und festgestellt werden; Preußen habe das dringendste Interesse, die wirthschaftliche Organisation Deutschlands fortzuführen und deshalb sei es nothwendig, daß die preußische Regierung die Mittel bei Ablauf des Zollvereins ergreife, welche zu diesem Ziele führen. Das Bedürfniß der Einigung sei auf allen Gebieten vorhanden und wenn man es auf einem Gebiete ausführe, werde sich die Ausführung auf den anderen Gebieten erleichtern. Der Zollverein sei wesentlich eine preußische That, denn er wäre ohne unsere Gesetzgebung von 1807 und 8 nicht möglich gewesen. Daß es nicht möglich sei, mit Oesterreich in einen Zollverein einzugehen, das habe der Referent bereits ausgeführt. (Das Haus wird sehr unruhig; der Redner ist nicht zu verstehen. Der Präsident unterbricht ihn mit der Bemerkung, daß er zu weit von dem Gegenstande abschweife). Der Redner schließt mit nochmaliger Empfehlung des Vertrages.

Abg. Prince-Smith: Ich glaube, daß bei der Generaldiscussion, die bereits hervorgehobenen Specialitäten zu vermeiden sind, und will deshalb nur die volkswirthschaftlichen Wirkungen des Handelsvertrages im Allgemeinen erörtern, ohne mich indeß auf Vorschläge für Reorganisation des Zollvereins und die Einigung Deutschlands einzulassen. (Sehr gut!) Jede handelspolitische Bewegung seit den letzten 30 Jahren ist nur im Sinne der Handelsbefreiung erfolgt: sie ist das siegende Prinzip, eine nothwendige Folge der sich entwickelnden Production mit allseitigem Nutzen für die Volkswirthschaft im Gefolge. Von ängstlichen Interessenten sind bei jedem nach dieser Richtung hin gethanenen Schritt immer Mahnungen an die bedenklichen Folgen desselben ergangen, die indeß stets durch den Erfolg als unbegründet erwiesen worden sind. Frankreich hat in neuer Zeit durch die Handelsverträge mit England und Belgien den größten Schritt in Entwickelung der Handelsfreiheit gethan: diese Maßregeln sind indeß noch zu neu, und waren gleich anfangs von zu ausnahmsweisen mißlichen Umständen begleitet (Mißernte, das Stocken in der Baumwollenausfuhr, kriegerische Ereignisse), als daß man von den Vortheilen schon Erfolge nachweisen könnte. Aber die auch bei Abschluß jener Verträge hervorgehobenen Bedenken können durch statistischen Nachweis schon widerlegt werden. England ist im Freihandel am weitesten fortgeschritten: hier ist das Prinzip des reinen Finanzzolls radikal durchgeführt und die ganze Welt eingeladen, England mit Fabrikaten geradezu zu überfluthen. Man wendet dagegen ein, daß England mit seinem großen Capital und seiner alten Industrie nicht zum Muster aufgestellt werden könne. Ich behaupte aber, diese Ueberlegenheit Englands besteht in diesem Umfang durchaus nicht; in vielen Beziehungen wird auf dem Festlande besser und wohlfeiler fabricirt als in England. Trotz des Freihandels und trotzdem das Ausland nicht ungünstiger gestellt ist als England, geht aber doch in England nie ein Industriezweig unter. Die besten Beispiele für die guten Folgen der Beseitigung der Schutzzölle in England giebt die Aufgabe der Seidenwaaren- und Korn-Zölle.

Von der letztgenannten Maßregel prophezeite man den sicheren Untergang des englischen Ackerbaues; alles Geld würde in Folge dessen aus dem Lande gehen, eine nationale Verarmung eintreten, So sprachen damals die Praktiker, aber die freihändlerischen Theoretiker drangen durch, und nach Aufhebung der Kornzölle ist die Pacht der Aecker im Gegentheil um 50 pCt. gestiegen, und kein Mensch würde heute mehr für Wiedereinführung des Kornschutzes in England sein. Prinzipiell ist überhaupt kaum noch etwas gegen die Handelsbefreiung zu sagen; die Arbeitstheilung, welche im eigenen Lande die Grundlage des volkswirthschaftlichen Wohles bildet, muß angewendet werden auch im Verkehr zwischen den Völkern, es steigt dann der Wohlstand, wenn eine weitere Arbeitstheilung eintritt und wenn die Fabrikate der einzelnen Völker eine weitere Verbreitung gewinnen. Das Schutzzollsystem dagegen will die Waaren nur theurer machen, es will künstliche Geschäfte für das Kapital hervorrufen, während Kapital für die natürlichen Geschäfte fehlt, es will Werthe opfern, um Kräfte zu erziehen. Man hat daher auch jetzt allgemein eingesehen, daß das Schutzzollsystem auf Trugschlüssen beruht. Wenn es nun anerkannt ist, daß der Freihandel allein der Weg ist, um Kapital und Arbeit zu entfalten und den Volkswohlstand zu heben, so stecken wir trotzdem doch noch tief im Schutzzollsystem, aus dem wir auch jetzt nur einen einzigen Schritt thun wollen. Es ist daher auch berechtigt, nach den ersten Folgen dieses Schrittes, nach den Mitteln zum Uebergange, so wie danach zu fragen, welche Opfer der Einzelne für das Allgemeine dabei wird bringen müssen.

Ich glaube nun, daß wir die Folgen des Handelsvertrages nicht zu fürchten brauchen; wir haben keine schutzzollbedürftige Industrie, unsere Industrie hat die Bedachung selbst durchbrochen, welche bisher der Schutzzoll ihr gab, und kann jetzt nicht mehr weiter geschützt werden. Der Zollverein hat seine vorzugsweise Bedeutung durch den Export; Ausfuhr und Zollschutz sind aber sich widersprechende Begriffe: eine Industrie, die mit aller Welt concurrirt, kann noch vielmehr mit der einheimischen concurriren, wobei sie naturgemäß schon Vortheile vor der ausländischen Industrie hat. Im Interesse des Exports muß aber auch eine Erleichterung des Imports stattfinden, wir müssen das Ausland in größerem Umfange für uns arbeiten lassen, wenn wir umgekehrt für das Ausland arbeiten wollen. Frankreich bietet uns solche Importermäßigung. Nehmen wir daher den Handelsvertrag an, unbeirrt von den von einzelnen Interessenten erhobenen Bedenken, die der Erfolg widerlegen wird. Die Annahme würde nicht einmal von vorübergehenden Erschütterungen begleitet sein, sie wird im Gegentheil nur nützliche Folgen haben und Muth zu folgereicheren Reformen geben (Bravo). — Abg. von Mallinckrodt (gegen den Vertrag. Redner ist auf der Tribüne schwer verständlich): Durch Declamationen, die eine Ablehnung des Vertrages als eine Verletzung des Patriotismus betrachteten, würde er sich nicht abhalten lassen, gegen denselben zu stimmen. Seiner Ansicht nach könne dem Wortlaute des Vertrages gemäß derselbe nur dann ins Leben treten, wenn alle Zollvereinsstaaten auch nach dem Jahre 1866 bei dem Zollvereine verblieben. Wenn nun alle Staaten jetzt dem Vertrage beitreten, so würde dies zugleich eine Garantie für den Bestand des Zollvereins gewesen sein. Die Regierung aber scheine ihn jetzt auch auf eigene Hand abschließen zu wollen. Geschähe dies, so wäre der Fortbestand des Zollvereins nicht gesichert, und man müsse zwischen Zollverein und Handelsvertrag wählen. Natürlich sei er für den Bestand des ersteren. Ferner ließen frühere Verträge jedem deutschen Staate den Beitritt zum Zollverein offen. Wenn nun Oesterreich beitreten wolle, dürfe man es zurückweisen? Politische Interessen seien für ihn nicht maßgebend, diesem Eintritt entgegen zu treten. Jedenfalls müsse die Frage eine offene bleiben. Geschehe dies nicht, so verstoße das gegen die bis jetzt inne gehaltene Tendenz einer möglichen Zolleinigung aller deutschen Staaten, und er werde dem Vertrag, wenn er ein solches Ziel anstrebe, entgegentreten müssen.

Reg.-Commissar Delbrück: Der Vertrag sei zwischen dem Zollvereine und Frankreich projektirt, und vielseitigen Wünschen entsprechend auf eine längere Dauer, auf 12 Jahre berechnet. Die französische Regierung wollte sich gesichert sehen, daß wenigstens ein Theil desjenigen Handelsgebietes, für welches der Vertrag berechnet war, in denselben eintrete. Preußen habe also für seinen Theil sich auf 12 Jahre verpflichtet. Solle der Vertrag in Wirksamkeit treten, so könne dies nur mit dem ganzen Zollverein geschehen. Preußen allein könne ihn nicht ratifiziren, weil der Vertrag nur gedacht sei zwischen Preußen und dem Zollverein. Jedem deutschen Staat sei der Zutritt zu allen Handelsverträgen Preußens und des Zollvereins freigelassen. Der Vertrag vom Jahre 1853 habe eine deutsche Zolleinigung anbahnen sollen, dies thue auch der jetzige Vertrag mit Frankreich. Insofern sei keine Differenz zwischen beiden Verträgen. Auf die Ehrenfrage, die der Abgeordnete Plaßmann berührt, wolle er bei einer materiellen Frage nicht allzu viel Gewicht legen. Man hätte sans phrase unsern Tarif dem französischen vollständig gleichstellen können. Dann aber hätte man gerade Recht gehabt, sich darüber zu beklagen, daß wir ohne Ueberlegung in die französischen Fußtapfen träten. Es sei doch keine Verletzung des Nationalgefühls, wenn man diejenigen französischen Tarifpositionen nicht annähme, die bei uns schädlich sein würden. Sei das eine Verletzung des Nationalgefühls, wenn man die Fehler anderer Nationen nicht nachmachen wolle (Bravo)?

Der Abg. Plaßmann habe sich auch gegen die Kohlen-Ausfuhr erklärt. Zwei Nationen würden doch nicht so thöricht sein, einen Kanal mit großen Kosten zur Ein- und Ausführung zu bauen, um sich nachher Ein- und Ausfuhr zu verbieten? Er habe gesagt, wir geriethen dadurch in eine Allianz mit Frankreich und müßten diesem Kohlen liefern, wenn es mit unserem natürlichen Bundesgenossen, England, in Krieg geriethe. Das sei eben gar nicht möglich, denn England habe ja denselben Vertrag mit Frankreich und sei deshalb ebenso dessen inniger Alliirter. (Heiterkeit.) Was nun den „alten Vater Rhein" betreffe, den der Abg. Plaßmann in Schutz nehmen zu müssen geglaubt, so sei der Bann, von dem derselbe gesprochen, schon längst durch die Eisenbahnen auf den Rhein gelegt. Dort erfolgten die großen Transporte schon längst auf den Eisenbahnen. Nur schwerere massenhafte Artikel würden noch zu Wasser transportirt. Für diese sorge der Vertrag aber auch. Derartige Schiffe würden möglichst begünstigt, nur nicht wenn sie von holländischen Häfen aus nach Frankreich gingen. Aber es sei zu hoffen, daß auch dort bald dieselben Begünstigungs-Zollsätze eingeführt werden würden, denn ein Handelsvertrag zwischen Frankreich und Holland könne nicht lange ausbleiben. Was die englischen Getreidezölle betreffe, auf die man ebenfalls hingewiesen, so wolle er nur im Allgemeinen bemerken, daß die dortigen Zölle doch nicht mehr den Charakter der Schutzzölle trügen.

Abg. Reichenheim: Er werde nicht auf das Theoretische eingehen, sondern werde sich vom praktischen Boden, auf dem er stehe, über den Vertrag auslassen. Er danke der königl. Staatsregierung Namens der gesammten Industrie für den vorgelegten Vertrag, und er wolle den Männern, die ihm gegenübersäßen (Regierungs-Commissarien) für ihre anderthalbjährigen Bemühungen seinen Dank aussprechen (Bravo). Die Industrie begrüße diesen Handelsvertrag als die größte Anerkennung, welche ihr zu Theil werden könne, als eine Anerkennung, welche mehr werth sei, als äußere Zeichen, weil sie ihr den Weg auf die auswärtigen Märkte schaffe (Beifall). Man täusche sich, wenn man glaube, daß unsere industrielle Gewerbthätigkeit durch den Schutzzoll auf ihre Höhe gekommen sei; es sei der Kunst und Wissenschaft diese kolossale Einwirkung zuzuschreiben; sie habe die Industrie gehoben, sie war ihr Licht und werde ihr Licht bleiben. Man wisse, welche Anstrengungen stattgefunden hätten, diesen großen Fortschritt auf wirthschaftlichem Gebiete, den Handelsvertrag zu hintertreiben, und er wolle deshalb die Staatsregierung ersuchen, von dem festen Boden, auf dem sie stehe, nicht abzulenken. Die preußische Industrie würde bedauern, wenn in Folge der österreichischen Bestrebungen der Zollverein gesprengt würde, allein sie würde noch viel mehr bedauern, wenn die Staatsregierung sich dadurch veranlaßt sehen sollte, von dem betretenen Wege abzugehen; die preußische Industrie setze die Vortheile einer Einigung mit Oesterreich dem allgemeinen Interesse nach. Es hätten sich noch viele Redner gemeldet, deshalb schließe er und halte sich weitere Bemerkungen für die Spezial-Debatte vor. Er spreche Namens der gesammten Industrie den dringenden Wunsch aus, daß diese Vorlage einstimmig, ohne jede Resolution oder Beimischung angenommen werden möge; es sei ein Akt, den man als den ersten und größten Fortschritt bezeichnen könne. In diesem Sinne fasse er ihn auf und in diesem Sinne glaube und hoffe er, daß die Staatsregierung auch auf andern Gebieten dem Fortschritt huldigen werde (Beifall).

Abg. Harkort: Der Vorredner habe keine Vollmacht gehabt, einen Dank im Namen der Industrie auszusprechen. Der Tractat sei eine große That, aber den concentrirten Weihrauch, den der Bericht ihm streue, erkenne er nicht an, vielmehr halte er denselben mannichfacher Verbesserung für fähig. Die unruhigen Nachbarn durch materielle Rücksichten zu fesseln, sei wohl gut, aber nicht auf Kosten deutscher Industrie. (Der Redner ist sehr unverständlich, er scheint im weiteren Verlaufe zu beklagen, daß nicht eine Expertise der einzelnen Industriezweige dem Abschlusse vorangegangen, daß der Tarif ferner Ausfuhr- und Rückzölle nicht genügend berücksichtige, und kündigt schließlich seine Opposition bei der Specialdebatte an.)

Abg. Waldeck: Auch ihn habe es unangenehm berührt, daß man nicht mehr Industrielle vorher gehört, und daß überhaupt der Vertrag nur auf Grundlage einer Regierungsarbeit entworfen worden. Abermals habe unsere Regierung, die übrigens mit großer Umsicht vorgegangen, im Namen vieler deutschen Staaten unterhandeln müssen. Die südlichen Staaten Deutschlands seien, fast noch mehr als wir, bei dem neuen Vertrage interessirt, und an Opposition fehle es doch nicht. Aber ein Zerfall des Zollvereins sei daraus nicht zu fürchten, selbst der Rücktritt Baierns nicht. Eine alte eingebürgerte Industrie hat stets einen gewissen Anspruch auf Schutz von Seiten des Staates; die Theorie, die die ganze Welt als eine Familie betrachte, sei doch nicht ganz lebensfähig. Hierbei sei hauptsächlich die Eisenindustrie ins Auge gefaßt. Die Industriellen beklagten sich hier und im südlichen Deutschland nicht über die Herabsetzung des Eisenzolles, sondern über die Nachtheile, die unsere Gesetzgebung ihnen auferlege, die Bergwerkssteuer u. s. w. Zu deren Gunsten müsse man eine Resolution annehmen. Aber entbehren könne man den Vertrag nicht, wenn auch die Resolution nicht angenommen werde. Man handle im deutschen und preußischen Sinne gut politisch, und schaffe der Industrie eine Quelle, wenn man dem Vertrage zustimme. (Bravo.)

Abg. v. Gablenz: Er erkenne das Ziel des Vertrages vollkommen an, welches in dem vorliegenden vortrefflichen Berichte dargelegt sei, nämlich die Handelsfreiheit immer mehr und mehr anzustreben. Wenn er dennoch gegen den Vertrag spreche, so geschehe es im Interesse seiner Provinz, die sehr darunter leide, Er bedaure, daß das Haus dem Vertrage gegenüber nicht in sein volles Recht eintreten könne, daß dasselbe nur den Vertrag mit seinen Vorzügen und Mängeln annehmen oder ablehnen könne. Was die Kündigung des Zollvereins anlange, so werde er im Hause einen Antrag dahin

einbringen, daß die Staatsregierung in keine Verlängerung der Zollvereinsverträge einwilligen möge, bevor nicht die Landesvertretung gehört sei; er hoffe, daß dieser Antrag Unterstützung finden werde. Die Klagen der schlesischen Industrie dauerten schon seit zehn Jahren und sie kehrten immer wieder, und dennoch sei diese Industrie eine naturwüchsige. Er verweise darauf, daß bei der eigenthümlichen Lage der Provinz Schlesien es nothwendig sei, daß ihr nach Osten hin die Wege erschlossen werden müssen; er wisse sehr gut, daß das nicht in der Macht der Regierung liege, aber im Hinblick auf eine Thatsache, die Schlesiens Industrie großen Nachtheil brächte, die Einverleibung Krakau's, behaupte er, daß die auswärtige Politik von erheblichem Einfluß auf die Industrie des Landes sei und daß das Haus deshalb darauf ein wachsames Auge haben müsse. Die Eisenbahnen hätten nicht dazu gedient, die schlesische Industrie zu heben, wohl aber, sie erheblich zu besteuern; der Zuschuß zu den Eisenbahnen werde lediglich von der schlesischen Industrie gezahlt. Er acceptire die Erklärung des Handelsministers in Betreff der Regulirung der Oder, er acceptire die Aufhebung der Bergwerks-Abgaben, stelle aber an den Minister der auswärtigen Angelegenheiten das Gesuch, daß die Regierung versuchen möge, auch mit Rußland einen Handels-Vertrag abzuschließen; er glaube, daß die Zeit dazu günstig sei. Wenn er die Interessen seiner Provinz auch nach seinen schwachen Kräften vertrete, wie er könne, so werde er, im Einverständnisse mit seinen Wählern, welche bereit seien, ihre Privat-Interessen den allgemeinen preußischen und deutschen Interessen zu opfern, für die Genehmigung des Handelsvertrages stimmen. (Beifall.)

Reg.-Commissar Delbrück: Die Provinz Schlesien sei allerdings ungünstiger gestellt, als die meisten anderen Provinzen Preußens, da sie nach zwei Seiten hin von Ländern begrenzt sei, die dem Zollverein nicht angehören. — Diese mißliche Lage datire aber nicht von dem englisch-spanischen Handelsvertrage, wie der Vorredner angeführt, da ein solcher Handelsvertrag überhaupt nicht existire. Der Grund, weshalb die schlesische Leinenindustrie darniederliege, beruhe vielmehr darin, daß man sich in Schlesien nicht die Maschinenspinnerei aneignete; der Staat habe dieselbe in Schlesien begünstigt, sei aber darin nicht unterstützt worden. Nicht in Verträgen und Tarifen sei die ungünstige Lage Schlesiens begründet, sondern weil Schlesien nicht mit den andern Ländern gleichmäßig habe fortschreiten wollen. Die Erhöhung der Eingangszölle von Polen aus sei allerdings für Schlesien sehr nachtheilig, aber eine Verletzung der wiener Verträge könne in der Erhöhung deshalb nicht gefunden werden, wie der Vorredner meine, da diese Verträge gar nichts über die Eingangszölle bestimmen Uebrigens aber seien die Zölle an der polnischen Grenze noch immer niedriger, als die entsprechenden des Zollvereinstarifs. Die Regierung werde auch ferner auf die Erleichterung des Verkehrs in Schlesien bedacht sein und hierin durch die Annahme des Vertrages bestärkt werden.

Abg. Müller (Anklam): Alles, was sich in der Generaldiscussion sagen lasse, sei erschöpft; nur Einzelnes lasse sich noch anführen. Man klage darüber, daß keine enquête angestellt worden. Die Regierung selbst habe sich schon in der Denkschrift darüber ausgesprochen. Auch wären ja die Industriellen und ihre Denkschriften und Petitionen durchaus nicht auf Thatsachen eingegangen, sondern hätten nur die seit 20 Jahren landläufigen Klagen ausgesprochen, „Schutz der nationalen Arbeit,“ „Tributpflichtigkeit gegen das Ausland“ u. s. w. Wo man Thatsachen habe aufstellen wollen, sei der Versuch mißglückt. Bei der Spezialdiskussion werde er darauf zurückkommen. Dort werde er auch erwarten, mit welchen Thatsachen die Gegner des Freihandels den sogenannten „hohlen Theorien“ des Freihandels entgegentreten würden.

Abg. Reichensperger (Beckum): Er wolle Einzelnes herausgreifen, berichtigen, erwidern. Ob man nicht Besseres, als diesen Vertrag, habe erreichen können, wolle er dahin gestellt sein lassen. Eine Annahme en bloc dürfe nicht stattfinden. Die Regierung habe das Recht dazu gehabt, energisch vorzugehen; sie könne stolz darauf sein, daß jetzt Oesterreich dem Zollvereine beitreten wolle. Oesterreichs Bedingungen könnten freilich möglicherweise hier nicht acceptabel gefunden werden; das sei aber anfangs mit den französischen Vorschlägen auch der Fall gewesen. Politisch sei der Vertrag sehr bedeutend. Diese politische Seite sei allmählich sehr scharf hervorgetreten, schon bei der Festsetzung der Zeit für die Debatte im Hause. Auf jenes Präludium seien gestern einige tüchtige Paukenschläge gefolgt. Der Abg. Schulze habe die Hydra des Ultramontanismus heraufbeschworen, diese Seeschlange, mit der man immer noch die modernen Kinder schrecke (Heiterkeit). Er habe sich heut absichtlich an das Ende der Rednerliste schreiben lassen, um nicht den Abg. v. Vincke hinter sich zu haben und von ihm wegen seiner Ansichten „zermalmt“ zu werden. Leider habe er erfahren, daß derselbe aber doch noch hinter ihm auf der Liste stehe (Heiterkeit). Die Herren der Fortschrittspartei hätten den Vertrag, noch ehe sie den Inhalt gekannt, mit solchem Eifer ergriffen, daß er gleich vermuthet, es stecke dahinter doch mehr Politik, als selbst der Finanzminister habe zugestehen wollen (Heiterkeit, die der Finanzminister theilt). Nun, ihn lasse die deutsche Frage ziemlich ruhig, denn er sei ein guter Unterthan des Königs von Preußen (Abgeordneter Osterrath sehr laut: Bravo! Große Heiterkeit), und halte an der Ansicht fest, daß Oesterreich und Preußen sich gegenwärtig nöthig hätten. Er sei Föderalist, nicht Centralist. Man möge ihn für diese Ansichten „ecrasiren“, darauf sei er gefaßt, mache sich aber nichts daraus; er werde durch terroristische Declamationen nicht geschreckt (Bravo! Bei den Katholiken große Heiterkeit).

Schon die Macht der Verhältnisse mache diesen Vertrag politisch wichtig. Louis Napoleon sei ein Mann, dem wenige unserer Staatsweisen den Rang abliefen, der die napoleonischen Traditionen zum Leitstern seines Lebens gemacht habe, und der die Macht Frankreichs nach allen Seiten zu erweitern suche. Nun spreche man von einer Allianz zwischen Frankreich und Rußland. Dadurch gerathe Preußen und Deutschland in eine sehr delikate Position. Der Gedanke liege nahe, daß man Preußen auf eine schiefe Ebene setzen wolle. Er würde Preußen lieber in einer Allianz mit Oesterreich und England sehen, denn diese schütze gegen östliche und westliche Angriffe. Die politischen Interessen wechselten freilich schnell; für eine Zeit lang sei eine entente cordiale zwischen uns und Frankreich wohl möglich; aber er fürchte, der Handelsvertrag werde schließlich die Risse in Deutschland nur erweitern. Der Knoten der viele hundert Jahre alten deutschen Frage müsse gelöst werden, aber nicht mit dem Schwert, sondern mit Geduld; es sei ja in den letzten 20 Jahren sehr vieles zur Besserung geschehen. Eingenommen sei er also für den Vertrag nicht. In materieller Hinsicht müsse er zuerst daran aussetzen, daß man nicht nach dem Beispiel Englands vorher gründlich untersucht. Warum berücksichtige man nicht die Denkschrift der Vertreter der deutschen Industrie, die im Mai versammelt gewesen? Allerdings seien wenig Petitionen eingegangen, aber nur, weil man sich gesagt, sie nützen nichts, oder es sei schon Alles früher gesagt. Ueber Schutzzoll und Handelsfreiheit sei man überall noch im Unklaren; es komme auf concrete Fälle an. Am wenigsten eigne sich Deutschland für derartige Freihandelsversuche. Frankreich setze freilich in seinem Interesse einzelne Zölle herab, aber deshalb sei es noch lange nicht freihändlerisch. Sehr bedenklich seien ihm einzelne Bestimmungen über die Douane bei Erhebung der Werthzölle, die leicht zu geheimen Abkommen zwischen den Industriellen und den Douanen führen könnten. — Die französische Arbeit soll auf Kosten der deutschen geschützt werden. Unsere Arbeiternoth werde noch größer werden, wenn einzelne unserer Industrien, wie die Eisenindustrie, zurückgingen. Manches Culturvolk sei gerade durch seine Cultur zu Grunde gegangen. Man möge nach Amerika blicken.

Ueber die Eisen- und Bergwerks-Industrie wolle er nicht sprechen, nur einige Worte über die Wollen-Industrie und über den Wein. In Bezug auf den Wein sei aus seiner Fraktion ein Antrag gestellt worden, um wenigstens die Moststeuer zu beseitigen, die Commission habe beschlossen, den Antrag erst nach Genehmigung des Vertrages aufzunehmen. Danach sei sein Schicksal schon ziemlich klar. Wenn man auch gesagt habe, man dürfe hier provinzielle Interessen nicht gelten lassen, und diejenigen, welche es dem Abg. Plaßmann so übel genommen, hätten nicht gut daran gethan; denn jeder Abgeordnete, wenn er in das Haus trete, habe für seine Provinz einen Antrag auf eine Eisenbahn oder aber Flußregulirung (Widerspruch). Er könne den Vertrag nicht anders beurtheilen, als von den Interessen seiner Provinz aus, denn die andern Provinzen kenne er nicht so genau. Einige vom Abg. v. Mallinckrodt erhobene Bedenken seien vom Reg.-Commissar genügend beseitigt, andere jedoch nicht. Der Reg.-Commissar habe darauf hingewiesen, daß derselbe Vertrag auch zwischen England und Frankreich geschlossen sei, aber alle Welt wisse wohl, daß ein Krieg solche Verträge zerreiße. Er erkenne an, daß man einen Vertrag, wie den vorliegenden nur aus den dringendsten Gründen ablehnen solle; deßhalb werde er abwarten, ob er aus der fernern Debatte die Ueberzeugung werde gewinnen können, daß durch den Handelsvertrag unsere Industrie nicht zu Grunde gerichtet würde.

Reg.-Commissar Geh. Rath Delbrück: Er wolle nur auf einige Punkte des Vorredners erwidern. Der wirthschaftliche Theil seines Vortrages scheine mit dem politischen Theile desselben in Widerspruch zu stehen. Der wirthschaftliche Theil komme zu der Conclusion, daß der Vertrag viel weniger vortheilhaft für den Zollverein, als für Frankreich sei, und der politische Theil behaupte, daß es Absicht gewesen sei, Preußen zu ködern; dies sei ein Widerspruch. Der Vorredner habe auf das Beispiel Großbritanniens hingewiesen und behauptet, daß eine Vernehmung von Sachverständigen hätte stattfinden müssen. Gerade auf das Beispiel Großbritanniens könne man sich nicht berufen, denn dort hätte keine Enquete stattgefunden. (Hört! Hört!) Die Regierung habe sich ernstlich die Frage vorlegen müssen, ob sie solche Expertisen vornehmen sollte; sie sei sich ihrer Verantwortlichkeit bewußt gewesen und würde gewünscht haben, diese zu erleichtern, wenn es ausführbar gewesen wäre. Was die Werthzölle betreffe, so sei Frankreich durch England genöthigt worden, dieselben beizubehalten; die Umwandlung derselben in specifische Zölle sei eine Unmöglichkeit gewesen. Die übrigen Einwendungen des Vorredners werde er bei der Specialdebatte beantworten.

Das Haus beschließt hierauf die Vertagung der Sitzung.

Abg. Plaßmann verwahrt sich in einer persönlichen Bemerkung gegen den Vorwurf, gesagt zu haben, die Ehre Preußens leide unter dem Vertrage; er habe gesagt, daß es eine Ehrenfrage für Preußen sei.

Schluß der Sitzung 3¼ Uhr. Nächste Sitzung morgen 9 Uhr.

Berlin, 25. Juli. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht, den Pastor Flößel zu Quaritz zum Superintendenten der Diöcese Glogau, den Pfarrer Carl Wilh. Hermann Krüger in Elbing zum Superintendenten der Diöcese Elbing, den Pfarrer Hermann Hahn zu Altfelde zum Superintendenten der Diöcese Marienburg, den Pfarrer Rudolph Rudnick in Freistadt zum Superintendenten der Diöcese Rosenberg, den Pfarrer Rudolph Andreas Zippel in Darkehmen zum Superintendenten der Diöcese Darkehmen, den Pfarrer Friedrich August Balnus in Czychen zum Superintendenten der Diöcese Oletzko, den Pfarrer Johann Friedrich Brenke in Laukischken zum Superintendenten der Diöcese Labiau zu ernennen. (St.-A.)

Berlin, 23. Juli. [Von den Depeschen über die Anerkennung Italiens] theilen wir noch die preußische vom 4. Juli mit, welche die Anerkennungsfrage einleitete. Die Antwort des italienischen Ministers Durando ist bereits in Nr. 336 der Bresl. Ztg. enthalten. Die einleitende Depesche des Gr. Bernstorff ist an den diesseitigen Gesandten in Turin, Gr. Brassier de St. Simon, gerichtet und lautet wie folgt:

„Hochgeborener Graf! Die Regierung des Königs Victor Emanuel hat zu wiederholtenmalen durch ihren Gesandten in Berlin vertraulich den Wunsch zu erkennen gegeben, von Seiten des Königs, unseres allergnädigsten Herrn, den Titel eines Königs von Italien anerkannt zu sehen. Sie hat uns auf das Interesse hingewiesen, welches wir hätten, die monarchische Gewalt in der Halbinsel gegen die anarchischen und republikanischen Tendenzen zu stärken und zu befestigen, und derselben durch unsere moralische Unterstützung bei ihrer schweren Aufgabe zu helfen, die durch die Revolution tief erschütterten Grundsätze der Ordnung und Stabilität wieder herzustellen. Zugleich hat jene Regierung uns vorstellen lassen, daß wir durch Anerkennung der Ordnung der Dinge, die in Italien aus den großen dort stattgefundenen Ereignissen hervorgegangen ist, wesentlich dazu beitragen würden, den allgemeinen Frieden Europas zu sichern, indem der Zustand der Ungewißheit und Aufregung, welcher die Gemüther in Spannung erhält und sie zu Ausschreitungen antreibt, in Folge der Anerkennung seitens der Großmächte Europa's ein Ende nehmen und der Vernunft und Mäßigung Platz machen würde, deren die Halbinsel so dringend bedarf, um das neue Gebäude im Innern zu befestigen und die großen Grundsätze moralischer und socialer Ordnung daselbst mehr und mehr zur Geltung zu bringen. Indem die Minister des Königs Victor Emanuel sich gegen Sie, Hr. Graf, in gleichem Sinne äußerten, haben sie Ihnen überdies wiederholt die Versicherung gegeben, daß es nicht in den Absichten der turiner Regierung liege, durch Waffengewalt gewisse Gebietsansprüche geltend zu machen, welche man allgemein als einen Theil des politischen Programms des Königreichs Italien betrachtet; und welche sie selbst in der Theorie nicht verleugnen, daß vielmehr jene Regierung fest entschlossen sei, den Frieden mit ihren Nachbarn aufrecht zu erhalten, und der Zukunft und den Mitteln der Unterhandlung und der natürlichen Entwickelung der Dinge die Lösung der Fragen, um die es sich handelt, zu überlassen. Eine dieser Fragen hat für Preußen ein besonderes Interesse, indem sie die Interessen und die Sicherheit des deutschen Bundes berührt. Es ist dies die Venedig betreffende Frage. Meine Absicht, Herr Graf, geht nicht dahin, diese Frage hier vom strategischen Gesichtspunkte aus zu erörtern und zu untersuchen, ob der Besitz Venetiens erforderlich ist, um das militärische Vertheidigungs-System Süddeutschlands sicher zn stellen. Hier handelt es sich nur um die Thatsache, daß die in Kraft bestehenden Verträge diesen Besitz Oesterreich zusichern, und daß der Versuch, ihm denselben gewaltsam zu entreißen, durch Gefährdung des Bundesgebietes den deutschen Bund leicht in den Kampf hineinziehen und dergestalt einen allgemeinen Brand entzünden könnte, welchem Preußen in seiner Eigenschaft als Mitglied des Bundes nicht würde fremd bleiben können. Im Hinblick auf diese möglichen Eventualitäten, deren für das zukünftige Geschick der neuen italienischen Monarchie selbst wahrscheinlich nachtheilige Folgen der Einsicht der den König Victor Emanuel berathenden Staatsmänner nicht haben entgehen können, haben wir der weisen und festen Sprache unseren aufrichtigen Beifall geschenkt, welche das turiner Cabinet bei einem neuerlichen Anlasse geführt hat, wo der Friede durch den Muthwillen der revolutionären Partei bedroht war. Wäre diese Haltung der turiner Regierung für die Zukunft verbürgt, so würde sie uns diejenigen Garantien gewähren, welche wir wünschen und deren wir bedürfen, um unseren Beziehungen zu ihr eine regelmäßige Gestaltung durch Anerkennung des neuen Titels zu geben, welchen der König Victor Emanuel angenommen hat, und den wir bisher hauptsächlich wegen der Ansprüche, welche er in sich zu begreifen schien und wegen der möglichen Zweifel über die Folgerungen, welche die Regierung des Königs Victor Emanuel für ihr künftiges Verfahren daraus zu ziehen gedachte, anzuerkennen Bedenken getragen haben; denn, wenn wir gleich ausdrücklich erklären, den Rechten Drttter, welche sich durch die Thatsachen verletzt finden, die auf der Halbinsel stattgefunden haben, weder präjudiciren zu wollen noch zu können, so haben wir doch jederzeit anerkannt, daß es nicht unsere Sache ist, dieselben zur Geltung zu bringen und uns den Folgen der Ereignisse entgegenzustellen, welche ohne unser Zuthun eingetreten sind und von denen, welche ein besonderes Interesse daran hatten, nicht haben verhindert werden können. Wenn demnach, Herr Graf, die turiner Regierung uns in der von uns selbst für angemessen erachteten Form über ihre Absichten in Betreff der Fragen wegen Venedigs und Roms Zusicherungen ertheilen will, welche wir als genügende Garantien für uns zu betrachten vermöchten, und welche zugleich geeignet wären, unsere Bundesgenossen und denjenigen Theil unserer eigenen Bevölkerung zu beruhigen, welcher in unserer Anerkennung dessen, was besteht, eine im Voraus ausgesprochene Anerkennung künftiger Ereignisse erblicken könnte, welche sie befürchtet, so bin ich durch den König, unseren allergnädigsten Herrn, ermächtigt, Ew. Excellenz zu beauftragen, der Regierung Sr. Maj. des Königs Victor Emanuel zu erklären, daß Se. Majestät bereit ist, den Titel eines Königs von Italien anzuerkennen. Machen Sie, Herr Graf, dem Herrn General Durando gefälligst die vorstehende Mittheilung, indem Sie ihm Abschrift dieser Depesche zustellen und empfangen Sie die erneuerte Versicherung 2c. 2c. (gez.) Bernstorff.“

Oesterreich.

Wien, 23. Juli. [Dekorirung.] Die heutige „Wiener Zeitung“ meldet amtlich, daß der Kaiser durch Handschreiben vom 21. d. dem Professor Wildauer in Innspruch wegen seines beim Schützenfeste in Frankfurt bewiesenen Patriotismus den eisernen Kronenorden verliehen habe.

Wien, 22. Juli. [Gustav-Adolph-Verein.] Am 26. und 27. d. Mts. findet hier die konstituirende erste Jahresversammlung des Hauptvereines der evangelischen Gustav-Adolf-Stiftung für die deutsch-slawischen Länder Oesterreichs statt. (Wiener Ztg.)

= **Breslau,** 24. Juli. Der gestern Abend um 5 Uhr 40 Min. aufgestiegene Luftschiffer Regentiʒist gestern Abend um 8 Uhr in Dörndorf, Kreis Oels, wieder auf festen Boden gekommen, nachdem er etwa 2½ Stunden in den Lüften geschwebt und nicht den geringsten Unfall erlitten hat, da das Wetter überaus günstig war. Die Höhe, die Regenti erstiegen, giebt er nach Ausweis seines Barometers auf 10,000 Fuß an. Als er sich gegen 7¾ Uhr herabließ, wollte der Anker anfangs nicht festen Boden fassen, und der Ballon wurde noch eine geraume Strecke weit fortgeschleift. Endlich kamen Leute herbei, die ihn festhalten wollten; aber auch ihnen gelang es zuerst nicht, bis ihre Zahl nach und nach auf 10 Mann anwuchs, deren vereinten Anstrengungen es endlich möglich wurde, den Ballon an die Erde zu fesseln, so daß Regenti ihn verlassen konnte. Um Mitternacht kehrte der Luftschiffer wohlbehalten per Wagen mit seinem Ballon hierher zurück. Regenti ist begeistert von der Fahrt, bei welcher ihn ein günstiges Wetter, wie er es noch nie gehabt, erfreut hat.

Breslauer Sternwarte.

23. Juli 10 U. Abds.	27 9,10	+11,6	SO. 1.	Trübe.
24. Juli 6 U. Morg.	27 7,93	+11,4	SO. 1.	Bedeckt. Regen.

Wasserstand.

Breslau, 24. Juli. Oberpegel: 13 F. 9 Z. Unterpegel: 1 F. 3 Z.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 23. Juli, Nachm. 3 Uhr. Die Geschäftsstille dauerte auch heute fort. Die 3proz. eröffnete zu 68, 35, fiel bis 68, 30 und schloß unbelebt zur Notiz. Consols von Mittags 12 Uhr waren 93 eingetroffen. Schluß-Course: 3prz. Rente 68, 40. 4½prz. Rente 97, 50. 3proz. Spanier 47¾. 1proz. Spanier 43¾. Silber-Anleihe —. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Aktien 491. Credit-mobilier-Aktien 827. Lomb. Eisenbahn-Aktien 612. Oesterr. Credit-Aktien —.

London, 23. Juli, Nachm 3 Uhr. Consols 92⅞. 1proz. Spanier 44. Mexikaner 28. Sardinier 84. 5proz. Russen 96. 4½prz. Russen 89½.

Wien, 23. Juli, Mitt. 12 Uhr 30 Min. Börse fest und belebt. 5proz. Metall. 70, 90. 4½proz. Metall. 62, 50. Bank-Aktien 793. Nordbahn 198, 60. 1854er Loose 90, 40. National-Anleihe 82, 40. Staats-Eisenb.-Aktien-Cert. 246, 50. Creditaktien 214, 50. London 126, 20. Hamburg 94, —. Paris 50, —. Gold —, —. Silber —, —. Elisabetbahn 158, —. Lomb. Eisenbahn 282, —. Neue Loose 130, 60. 1860er Loose 91, 20.

Frankfurt a. M., 23. Juli, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Günstige Stimmung für österreichische Fonds und Industrie-Papiere bei belebtem Umsatz. Vollbezahlte neue Russen 90⅜—90½. — Schluß-Course: Ludwigsh.-Berbach 136¼. Wiener Wechsel 93½. Darmst. Bankaktien 219½. Darmst. Zettelbank 250. 5prz. Met. 54½. 4½prz. Met. 49¼. 1854er Loose 71¼. Oesterr. National-Anleihe 63⅞. Oesterr.-Franz. Staats-Eisenb.-Aktien 228. Oesterr. Bank-Antheile 745. Oesterr. Credit-Aktien 199. Neueste österr. Anleihe 73½. Oesterr. Elisabet-Bahn 120½. Rhein-Nahe-Bahn 32. Mainz-Ludwigshafen Litt. A. 126⅛.

Hamburg, 23. Juli, Nachm. 2 Uhr 30 M. Fest bei wenigem Geschäft. Schluß-Course: National-Anleihe 64⅞. Oesterreich. Credit-Aktien 84. Vereinsbank 101¾. Nordd. Bank 97⅞. Rheinische 93¼. Nordbahn 63½. Disconto —. Wien —, —. Petersburg —.

Hamburg, 23. Juli. [Getreidemarkt.] Weizen loco fest, ab auswärts recht fest, ab Dänemark medio August 127—128pfd. 129 zu bedingen. Roggen loco unverändert, ab Königsberg pr. Juli-August 86—87 gefordert, 85—86 zu machen. Oel pr. Oktbr. 29⅛, pr. Mai 28½. Kaffee 6000 Sack Rio und Laguayra umgesetzt. Zink stille.

Liverpool, 23. Juli. [Baumwolle.] 4000 Ballen Umsatz. — Amerikanische matt, Surate ⅛ niedriger.

London, 23. Juli. Getreidemarkt (Schlußbericht). Für fremden Weizen wurden Preise wie am vergangenen Montag gezahlt. Der Markt war nur wenig besucht. Regen.

Amsterdam, 23. Juli. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen unverändert. Roggen loco preishaltend, Termine fest, stille. Raps Herbst 79½. Rüböl Herbst 46⅛.

Berliner Börse vom 23. Juli 1862.

Fonds- und Geldcourse.

Freiw. Staats-Anleihe	4½	102¾ bz.
Staats-Anl. v. 1850, 52	4½	100 bz.
dito 54, 55, 56, 57	4½	102¾ bz.
dito 1853	4	100 bz.
dito 1859	5	108¾ bz.
Staats-Schuld-Sch.	3½	90½ bz.
Präm.-Anl. von 1855	3½	124¼ bz.
Berliner Stadt-Obl.	4½	102¾ G.
Pfandbriefe: Kur- u. Neumärk.	3½	93¼ bz.
dito dito	4	101⅞ bz.
Pommersche	3½	92 G.
dito neue	4	101¼ bz.
Posensche	4	104¾ G.
dito	3½	98⅞ G.
dito neue	4	99¼ bz
Schlesische	3½	94½ bz.
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	100¼ bz.
Pommersche	4	99⅞ bz.
Posensche	4	99¾ bz.
Preussische	4	99¾ à ⅞ bz.
Westf. u. Rhein.	4	99¾ B.
Sächsische	4	100½ G.
Schlesische	4	101 B.
Louisdor	—	109¾ bz.
Goldkronen	—	9. 6½ G.

Ausländische Fonds.

Oesterr. Metall.	5	56½ bz.
dito 54er Pr.-Anl.	4	73 B.
dito neue 100-fl.-L.	—	69¾ bz.
dito Nat.-Anleihe	5	65¾ bz.
dito Bankn.n.Whr.	—	80½ bz.
Russ.-engl. Anleihe	5	94½ B.
dito 6. Anleihe	5	86½ G.
dito poln. Sch.-Obl.	4	83¼ etw. bz.u.G.
Poln. Pfandbriefe	4	— — —
dito III. Em.	4	87¾ bz.u B.
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	93 B.
dito à 300 Fl.	5	95¼ B.
dito à 200 Fl.	—	23¼ G.
Poln. Banknoten	—	87⅛ bz.u.G.
Kurhess. 40 Thlr.	—	56¼ G.
Baden 35 Fl.	—	31¾ B.

Actien-Course.

	Div. 1861	Z.-F.	
Aach.-Düsseld.	3½	3½	85¼ B.
Aach.-Mastricht.	3½	4	34¼ bz.
Amst.-Rotterdam	5 1/15	4	91 B.
Berg.-Märkische	6½	4	110 bz.
Berlin-Anhalter	8¼	4	141 bz.
Berlin-Hamburg.	6	4	119½ bz.
Berl.-Potsd.-Mgd.	11	4	216 bz.
Berlin-Stettiner	7 1/12	4	129¾ B.
Breslau-Freibrg.	6⅞	4	129 B.
Cöln-Mindener	12¼	3½	178½ etw. bz.
Franz.St.-Eisenb.	6	5	130½ B.
Ludw.-Bexbach.	8	4	136 G.
Magd.-Halberst.	22½	4	325 G.
Magd.-Wittenbrg.	1⅙	4	44¼ bz.
Mainz-Ludw. A.	7	4	126 à 126¼ bz.
Mecklenburger	2⅞	4	58⅞ à 59½ bz.
Münster-Hammer	4	4	98 B.
Neisse-Brieger	3½	4	74½ G.
Niederschles.	4	4	99⅜ bz.
N.-Schl.-Zweigb.	1½	4	— — —
Nordb. (Fr.-W.)	3	4	64½ à 65¼ bz.
dito Prior.	—	4½	— — —
Oberschles. A.	7 2/15	3½	156½ bz.
Oberschles. B.	7 2/15	3½	136½ bz.
dito C.	7 2/15	3½	156½ bz.
dito Prior A.	—	4	— — —
dito Prior B.	—	3½	88½ G.
dito Prior C.	—	4	— — —
dito Prior D.	—	4	97 B.
dito Prior E.	—	3½	85¼ G.
dito Prior F.	—	4½	— — —
Oppeln-Tarnow.	⅘	4	48½ bz.
Prinz-W. (St.-V.)	½	4	60 B.
Rheinische	5	4	94¼ bz.
dito (St.) Pr.	—	4	102 B.
dito Prior	—	4	93¾ bz.
dito III. Em.	—	4½	99¼ bz.
Rhein-Nahebahn	—	4	30¾ B.
Ruhrort-Crefeld.	3 1/11	3½	91¾ B.
Starg.-Posener	4	3½	102 bz.
Thüringer	6⅜	4	121½ G.
Wilhelms-Bahn	—	4	56⅜ bz.
dito Prior	—	4	92¼ B.
dito III. Em.	—	4½	— — —
dito Prior St.	—	4½	93½ bz.
dito dito	—	5	96½ B.

Preuss. und ausl. Bank-Actien.

	Div. 1861	Z.-F.	
Berl. K.-Verein	5 11/12	4	115¾ G.
Berl.-Hand.-Ges.	5	4	9¼ etw. bz.u.G.
Berl. W.-Cred.-G.	—	5	— — —
Braunschw.Bank	4	4	81¼ etw. bz.
Bremer „	5⅞	4	104 B.
Coburg. Credit-A.	3	4	74 G.
Darmst. Zettel-B.	8⅞	4	93¾ G.
Darmst.Credb.-A.	5	4	88 bz.
Dess. Creditb.-A.	—	4	5 bz.
Disc.-Cm.-Anthl.	6	4	97¾ bz.u.G.
Genf. Creditb.-A.	2	4	46⅞ bz.
Geraer Bank	5¾	4	91½ G.
Hamb. Nrd. Bank	5	4	96¾ B.
„ Ver. „	5 1/11	4	101½ G.
Hannov. „	4½	4	100 B.
Leipziger „	3	4	77⅞ bz.
Luxembrg. „	10	4	99½ G.
Magd. Priv. „	4 1/15	4	89½ G
Mein.-Creditb.-A.	6	4	91 à 91¼ bz.
Minerva-Bwg.-A.	—	5	32⅝ B.
Oester. Crdtb.-A.	7¾	5	85 à 85¼ bz.
Pos. Prov.-Bank	5 11/12	4	97½ G.
Preuss. B.-Anthl.	4 1/15	4½	124½ B.
Schl. Bank-Ver.	6	4	97½ bz.u.G.
Thüringer Bank	2⅜	4	60 etw. bz.
Weimar. Bank	4	4	82 bz.

Wechsel-Course.

Amsterdam	10 T.	143¾ bz.
dito	2 M.	142¾ bz.
Hamburg	8 T.	152 G.
dito	2 M.	151¼ bz.
London	3 M.	6. 22¼ bz.
Paris	2 M.	80⅙ G.
Wien österr. Währ.	8 T.	80 bz.
dito	2 M.	79¼ bz.
Augsburg	2 M.	56. 26 bz.
Leipzig	8 T.	99⅝ G.
dito	2 M.	99⅓ G.
Frankfurt a. M.	2 M.	56. 28 bz.
Petersburg	3 W.	97 bz. 3 M. 96¼ bz.
Warschau	8 T.	87¼ bz.
Bremen	8 T.	109⅝ bz.

⁑ **Breslau,** 24. Juli. Wetter: Regen. Thermometer Früh 11° Wärme. Ueber den Geschäftsverkehr am heutigen Markte ist wenig zu berichten; die Zufuhr und die Nachfrage blieben schwach.

Weizen schien in Folge der regenigten Witterung mehr beachtet und höher bezahlt; pr. 85pfd. weißer 78—92 Sgr., gelber 78—91 Sgr. — Roggen ruhig; pr. 84pfd. 59—61—63—65 Sgr., vereinzelt über Notiz bezahlt. — Gerste behauptet; pr. 70pfd. weiße 41—42 Sgr. — Hafer schwach gefragt; pr. 50pfd. schlesischer 27½—28½ Sgr. — Erbsen und Wicken wenig Frage. — Rapskuchen 53—54 Sgr. — Oelsaaten bei schwachen Zufuhren ruhiges Geschäft. — Schlaglein wenig angeboten.

	Sgr.pr.Schff.		Sgr.pr.Schff.
Weißer Weizen	77—85—92	Erbsen	50—54—57
Gelber Weizen	77—85—92	Wicken	38—41—44
Geringer u. blauspitziger	70—75—82		Sgr.pr.Sack à 150 Pfd. Brutto.
Roggen	60—64—66	Schlag-Leinsaat	160—185—210
Gerste	40—42—44	Winter-Raps	180—208—238
Hafer	24—27—30	Winter-Rübsen	208—224—236

Kleesaat beschränktes Geschäft, rothe etwas fester, 8½—10½—12—14 Thlr., weiße preishaltend, 9—12—15—17½ Thlr., neue Waare 15—20 Thlr.

Thymothee 6—8½ Thlr. pr. Ctr.

Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. netto 22—25 Sgr.

Vor der Börse.

Rohes Rüböl still, pr. Ctr. loco 14 Thlr. Br., Termine 13⅚ Thlr. — Spiritus pr. 100 Quart à 80 % Tralles loco 18⅚ Thlr., Sommermonate 18¾ Thlr., Herbst 18½ Thlr.

Posen, 23. Juli. Wetter: schön. Roggen: schwach behauptet. Gek. — Wispel. Loco per d. Monat 46½ Gld., 47 Br., Juli-August 45½ bez., ¾ Br., August-September 45 Gld., September-Oktober 44¾ Br., ⅔ Gld., October-November 44½ bez. u. Br., November-Dezember 44 Gld.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein in Breslau.
Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.